

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlbrück, Rönshol, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheld, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radepornwald, Bleckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beyer, Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 244

Insertionspreis: für 1 mm Höhe, 84 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto

Halver
Samstag, den 17. Oktober

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1931

25 Stimmen Mehrheit für Brüning

Der Reichstag lehnte die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning mit einer Mehrheit von 25 Stimmen ab. 568 Abgeordnete beteiligten sich an der Abstimmung. 295 Abgeordnete stimmten gegen, 270 Abgeordnete für die Mißtrauensanträge. 3 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Reichstagsmehrheit für den Kanzler.

Der Tag der Entscheidung.

12 Uhr.

Raum ein paar Menschen mehr rings am Reichstag. Raum einige Schupo mehr als sonst. Der Ausländer, der hier ahnungslos vorbeigeht, dürfte kaum auf die Vermutung kommen, daß dort im riesigen Kuppelbau des Reichstages Entscheidendes vor sich geht. Wie ein Signal lärmten die schrillen Klingeln durch alle Säle, Räume und Gänge dieses Labyrinths: „Alle Mann an Deck! Klar zum Manöver!“ Zum Manöver, das entscheiden wird, ob das Staatsschiff unter Brünings Führung den von ihm angelegten Kurs weiter fahren wird, oder ob ein neuer Steuermann ans Ruder tritt und es herumlegt nach rechts hinüber. Der Sitzungssaal füllt sich mehr und mehr — „alle Mann an Deck!“ Auch der Kanzler ist da, sitzt am historischen Eckplatz.

2 Uhr.

Neben, Gespräche, Vermutungen, Gerüchte. Schärfste Wendung der Christlich-Sozialen gegen rechts, weit schärfer noch als am Tag zuvor. Die heranrückende Stunde der Entscheidung „heizt“ den Saal und die Menschen. Schneller folgen die Zurufe aufeinander, nach dem Redner hin, zwischen den Fraktionen hinüber und herüber. Der Präsident läßt die Zügel vorläufig locker. Er hat noch Zeit, sie anzuziehen. Auf der Tafel, die die Namen der angeforderten Redner zeigt, ändert jetzt auch der Wirtschaftsparteiler auf. Man handelt seit gestern. Trotzdem: „die Sache ist ganz offen“, hört man in den Wandelgängen. Und die Spying am Eckisch ist plötzlich verschwunden, als ein Kommissar am Rednerpult auftaucht und der Saal sich rasch fast leert. Ganz kurze Odds für Brüning: 18 bis 15 Stimmen Mehrheit. Man rechnet mit einem letzten Appell des Kanzlers an den Reichstag.

4 Uhr.

Wöllig scheinen die Chancen für Brüning nicht unerheblich zu steigen: Nach vielem Wenn und Aber — im Hause und im Sitzungssaal wissen nur wenige, wie sich die Wirtschaftspartei entschieden hat —, nach einem bewußt langen, die Zuhörer in immer größere Spannung verlegenden Hinauszögern des entscheidenden Wortes fällt dieses endlich: Die Wirtschaftspartei „toleriert“ das neue Kabinett. Die Opposition von rechts und links her quittiert mit stürmischen Zurufen. Fast unbemerkt in diesem Lärm hat sich die Ministerbank gefüllt, und als sich nun der Kanzler erhebt, sitzen neben ihm alle Mitglieder seines Kabinetts! Er spricht von seinem Eckisch aus. Er durchläuft schnell, was die bisherige Debatte erbracht oder nicht erbracht. Er polemisiert nicht mehr. Zweck hätte das ja auch kaum. Er spricht zu den Leeren, verlassenen Bänken der Rechten herüber. Als letztes Argument gegen einen Regierungswechsel führt er ins Feld, daß es dieser zu einer scharfen Frontbildung: Die Arbeitgeber — die Arbeitnehmer kommen lassen müsse. Der sonst so ruhig-gemessene Dr. Brüning steigt sich in Stimme und Gesten. Er sucht für seine Überzeugung, ohne daß er den anderen die Ehrlichkeit ihrer Überzeugung abspricht. Und endete mit einem starken Appell, einmal die Parteigänger zu vergessen. Der Redner der jetzt wieder hereinströmenden Deutschnationalen und Nationalsozialisten, der Deutschnationale Schmidt (Hannover), betont ein letztes Mal ihren Standpunkt. Die Rechte geht einen anderen Weg in die deutsche Zukunft hinein.

5 Uhr.

Alles drängt nach endlicher Entscheidung. Was die Redner jetzt noch sagen, ist überflüssig. Die Spannung im Saal, auf den überfüllten Tribünen ist über groß geworden. Schneller aber als man glaubte, schließt Präsident Lobe die Aussprache, die vielleicht die erregteste, sicher aber die folgenschwerste Aussprache war, die das Kabinett Brüning im Reichstag gehabt hat. Nun heulen die Sirenen durch das Haus, heulen den letzten Abgeordneten zur Abstimmung heran. Nur zehn von ihnen fehlten noch im Saal. Der Kanzler steigt hernieder von seinem Eckisch und gibt, um diesen Sitz zu verteidigen, die Reinkarte gegen die Mißtrauensanträge der in der Abstimmung vereinten Rechts- und Linksoption ab. Dann verläßt er den Saal und immer lauter, mahnender rufen die Sirenen, bis endlich der Präsident die Abstimmung für geschlossen erklärt. Nach wenigen Minuten öffnet sich die Tür hinter der Regierungstribüne, und der Reichskanzler erscheint wieder —, um in der schier atemlosen Stille des Hauses das Ergebnis zu vernehmen, das ihn und sein Kabinett zum Sieger machte.

Dr. Br.

Sitzungsbericht.

(56. Sitzung.)

OB. Berlin, 16. Oktober.

Das Haus nimmt zunächst eine Entschließung des Ausschusses für Kriegsbefähigtenfragen an, die die Regierung ersucht, die Härten in der Reichsverordnungsgesetzgebung allmählich wieder zu beseitigen.

In der weiteren Aussprache über die Regierungserklärung und die Mißtrauensanträge erklärt Abg. Rippel (Christlichsoz.), die arenzenlose Not sei der beste Schrittmacher der radikalen

Flügelparteien. Der Reichskanzler hat in seiner Rede versichert, daß die bisherigen Maßnahmen der Regierung dazu dienen, die Selbstkosten der Wirtschaft zu verringern und die Aufgaben der öffentlichen Hand herabzusetzen. Wir machen eine Politik, die

die Schwachen heranzieht und die Starken laufen läßt, nicht mit. Wir lehnen es ab, in ein Reparationsfah ohne Boden zu opfern und die Steuern des Volkes durch Verwaltungskosten verschlingen zu lassen. Wir brauchen

eine soziale Arbeitsgemeinschaft, in der auch die Gewerkschaften aller Richtungen vertreten sind. Abg. Dr. Neubauer (Komm.) erklärt, das Kabinett Brüning habe innen- und außenpolitisch völlig bankrott gemacht.

Abg. Mollath (Christlichsoz.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es zunächst heißt, die verhängnisvollen Folgen einer zehnjährigen vernichtenden Finanz- und Wirtschaftspolitik haben in Verbindung mit außenpolitischen Halbheiten und schweren Fehlern dazu geführt, daß sich heute nicht nur die gesamte deutsche Jugend, sondern auch große Teile der besonnenen Kreise des Bürgertums gegen diese Politik und dieses System wenden. Wir haben nicht die Überzeugung gewonnen können, daß heute die

Chancen für eine Mehrheitbildung der Rechten andere geworden sind als vor einem Jahr. Das Zentrum hat wissen lassen, daß es im gegenwärtigen Zeitpunkt eine nationale Regierung unter gar keinen Umständen tolerieren wird. Es bestünde also eine arbeitsunfähige Minderheit. Der Reichspräsident kennt wohl diese grundsätzlichen Schwierigkeiten und Bedenken und wird wohl im gegebenen Zeitpunkt

eine Änderung des Systems erzwingen, wenn die Zusagen einer grundsätzlichen Systemänderung nicht innegehalten werden. Wir werden das Kabinett trotz aller Bedenken tolerieren.

(Lebhafte „Aha“-Rufe rechts und bei den Kommunisten.) Wir tun diesen schwerwiegenden Schritt nur, nachdem der Kanzler uns zugesichert hat, eine grundsätzliche Wandlung in der Politik einzuleiten.

Die zweite Kanzlerrede.

Darauf griff Reichskanzler Dr. Brüning in die Aussprache ein und führte, während die Abgeordneten der Rechten den Saal verließen, folgendes aus: Die Regierung widersteht sich keineswegs einem Antrage, eine Reihe von formulierten Vorschlägen auf Abänderungen der Notverordnung einem Ausschuss zu überweisen. Wir halten nicht in dem Sinne an einer Linie fest, daß wir glauben, nun in jedem einzelnen Punkt einer Notverordnung recht zu haben. Wir sind nur der Überzeugung, daß an den wesentlichen Dingen, die für das Wirtschafts- und das Finanzsystem die festen Klammern liefern, nicht gerüttelt werden darf. Ich habe in der Aussprache

keine andere Gesamtsituation vernommen als die von der Regierung vorgezeichnete. Ich danke allen Ausspracherednern und insbesondere auch den Führern der Nationalsozialistischen Partei für die Vornehmheit, mit der sie sich meiner Person gegenüber bei aller Kritik eingestellt haben. Das ist zweifellos auch eine Verbesserung gegen früher. Hoffentlich wird sie bis in die kleinsten Verhandlungen ausgedehnt (Beifall in der Mitte), so daß wir nicht Maßnahmen nötig haben, die wir bestimmt nicht aus Genut in die Notverordnung hineinnehmen. Es ist auch keine Freude,

der Presse Zwangsaufgaben zu machen, und ich wünsche den Tag heran, an dem es durch freiwillige Selbstkontrolle der Presse möglich sein wird, auf solche Dinge zu verzichten. (Beifall in der Mitte.) Die scharf ablehnende Kritik des Deutschen Landvolks

hat mich von Standpunkt eines Freundes der Landwirtschaft aus gesehen enttäuscht. Es ist ein ganz historischer Fehler, einem Manne wie Minister Schiele Vorwürfe zu machen, der stets im Sinne der Landwirtschaft die Kaufkraft der Konsumenten zu heben suchte. Die Landwirtschaft leidet doch heute schon neben allen anderen Lasten im stärksten Maße darunter, daß die Kaufkraft der Konsumenten gesunken ist. Es geht nicht so mit der radikalen Lösung der Produktionskostensteigerung auf einen Schlag, wie es vielleicht Herrn Dingeldey vorgeschwebt hat. Wenn ich in den Tagen, wo

die Banken und die Sparbanken geschlossen wurden, Maßnahmen getroffen hätte, die das ganze Volk erregten, dann wäre es nicht möglich gewesen, die deutsche Kreditwirtschaft und den Deutschen Staat überhaupt zu retten. Ruhe mußte ich schaffen in diesem Augenblick. Es sind nicht die Maßnahmen des Staates gewesen, die unser Kredit-system gerettet haben, sondern der Glaube der Bevölkerung an diese Maßnahmen (Beifall im Zentrum).

Eine praktische Arbeitsgemeinschaft habe ich im stillen soweit durchgeführt, daß ich stets wieder mit Wirtschaftsführern verschiedenster Berufe und mit Vertretern der Arbeitnehmer gesprochen und versucht habe, eine Linie zu finden. Ich bin überzeugt, daß es möglich ist, eine solche Linie zu finden (kommunistischer Zurs: Hungerlinie!). Keineswegs eine Hungerlinie! Ihre Politik (zu den Kommunisten gewandt) führt letzten Endes zum Hunger. Es ist meine Aufgabe zu verhindern, daß das deutsche Volk in diesem schweren aller Winter auseinandergerissen wird. Das Ziel eines verantwortlichen Politikers in diesen Tagen muß sein, zu verhindern, daß über der Not dieser Wochen und Monate, über diesen internationalen Spannungen aller äußersten Grade, nicht wie es immer in der Geschichte des deutschen Volkes war, das deutsche Volk

in zwei feindliche Lager auseinandergerissen wird. Man mag mich ruhig angreifen, daß soll mich nicht stören. Ich habe mit Verwundern in den letzten Wochen nicht mehr in der Öffentlichkeit gesprochen, weil ich sonst in so scharfer Form gegen die Intriguen und Gefährlichkeiten hätte Stellung nehmen müssen, daß ich vielleicht vieles für die Zukunft verschlagen hätte. Ich habe Wichtiges zu tun und ich habe.

Allen zu neuen Glauben an das deutsche Volk, als daß ich es für nötig halte, auf jeden Angriff in samer Tribünen zu antworten. Bei dem Kampf der einen Seite dieses Hauses gegen die andere ist es leider nicht möglich, die Volksgemeinschaft in ihrem politischen Ausdruck herbeizuführen, die wir in dieser historischen Stunde des deutschen Volkes haben mühten. Ich halte es für unmöglich, einen Weg zu begeben, der uns über diesen schweren Winter hinwegführt, soll, der von vornherein

eine geschlossene Front gegen die Arbeiterschaft bedeutet. Wer das glaubt, wird in kurzer Zeit versagen. Aber hinter dem Versagen steht diesmal etwas anderes. (Hört! hört! in der Mitte — „Sehr wahr“ bei den Kommunisten.) Da es auf diesem Wege nicht möglich ist, so bin ich zu der Überlegung gekommen, ein Kabinett zu bilden, das an sich von jedermann in seinen Maßnahmen und in seinem Programm akzeptiert werden könnte; denn die Linie, die gegangen werden muß, wenn Deutschland gerettet werden soll, wird doch immer eine Linie des Ausgleichs und nicht der Unterdrückung nach der einen oder anderen Seite sein. Ich mußte daher die parteipolitische Basis dieses Kabinetts verengen und gleichzeitig dem Herrn Reichspräsidenten vorschlagen,

einen Wirtschaftsrat zu bilden. Wenn man glaubt, in diesen schwierigsten außenpolitischen Zeiten einen Wechsel in der Regierung vornehmen zu können, dann muß ich etwas sagen, was ich aus eigener bitterer Erfahrung kennengelernt habe: Jedes neue Kabinett mit einem anderen Etikett hat zunächst für einige Zeit mit stärkstem Mißtrauen im Auslande zu kämpfen.

Wir können keine Zeit verlieren. Ich habe nicht mit einer Revision des Young-Planes angefangen, sondern es war zunächst meine Aufgabe, unter bitteren Opfern des deutschen Volkes ein absolut finanziell wankendes Gebäude zunächst einmal zu stützen, um überhaupt darin leben zu können. Wir sind die erste Regierung gewesen, die aus eigener Kraft und nicht aus Anleihen erfüllt hat (Unruhe bei d. Kommunisten). Es zeigte sich dabei,

daß es so mit den Reparationen nicht geht. Wenn man an das Erfüllen ohne ausländische Kredithilfe geht, so wird sich zeigen, daß es nicht möglich ist, in dieser Form und Höhe Reparationen zu bezahlen. Ich glaube, daß diese Methode, die gewählt wurde, um

eine Aufklärung der Welt über die wirkliche Lage Deutschlands zu schaffen, wirksam war. Wenn Hitler mutig genug ist, mir die nationale Gefinnung nicht abzuspochen, so frage ich, was hindert dann vier Fünftel dieses Hauses sich einmal zu entschließen, für ein paar Monate Parteipolitik beiseitezulassen und nur darüber zu reden, wie das Vaterland gerettet werden kann, um endlich Glück und Freiheit zu schaffen. (Anh. Beif. u. Handklopfen bei den Regierungsparteien.)

Abg. Schmidt-Hannover (Dtn.) verliest in Anwesenheit der Rechten eine Erklärung, in der u. a. betont wird: Ein Weiterregieren dieses Kabinetts und eine neue Ausschaltung des Reichstages würde eine außen- und innenpolitische Lage von so tragischer Schwere schaffen, daß ein

Abgleiten Deutschlands in chaotische Zustände unvermeidlich wäre. Der Mißerfolg der mit nie dagewesenen Vollmachten ausgestatteten Regierung des Kanzlers Brüning liegt klar vor Augen. Er scheiterte, weil er sich aus der Abhängigkeit von der Sozialdemokratie nicht zu befreien vermochte. Das Vertrauen des In- und Auslandes zu einer klaren Rechtsregierung wird größer sein als das Vertrauen zu seiner eigenen, hundertfach widerlegten Regierung.

Der Bankrott der Außenpolitik ist in erschütternder Weise zutage getreten. Wir erklären erneut, daß wir neue internationale Lasten und Bindungen, die diese Regierung übernimmt, nicht anerkennen.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz. Arbeiterpartei) erklärt, es hätte vor wenigen Monaten nicht viel daran gelegen, daß die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei sich gegen Brüning entschiebe.

Abg. Dr. Straßmann (Christlichsoz.) erklärt, nicht davon überzeugt zu sein, daß die Nationale Opposition eine richtige Politik vertritt. Abg. Kling-Schwaben (Christlichsoz.) erklärt, daß seine Freunde die Mißtrauensanträge ablehnen würden. — Abg. Meyer-Hannover (Dt.-Hann.) erklärt für seine Freunde die Stimmenthaltung.

Nachdem einige Abgeordnete noch weitere Anträge zur Tagesordnung eingebracht haben, schließt die Aussprache.

Es geht zur Abstimmung. Zunächst erfolgt die Abstimmung über die drei Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten gegen die Reichsregierung. Der Reichstag lehnte die Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning mit einer Mehrheit von 24 Stimmen ab. 567 Abgeordnete beteiligten sich an der Abstimmung. 294 Abgeordnete stimmten gegen, 270 Abgeordnete für die Mißtrauensanträge. 3 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Mit der Rechtsopposition stimmen für diese Anträge die Kommunisten, der größte Teil des Landvolks, die meisten Mitglieder der Deutschen Volkspartei und die Sozialistische Arbeiterpartei.

Dagegen stimmen mit den Regierungsparteien zusammen die Sozialdemokraten, die Wirtschaftspartei, die Christlichsozialen, die Volksnationalen und der Bayerische Bauernbund. Der Stimme enthielten sich die Deutsch-Hannoveraner.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Reich, Dingeldey und Döbrich namens ihrer Fraktionen bezüglich der

kommunistischen Mißtrauensanträge gegen einzelne Minister wird der Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen den Reichswehrminister Dr. Gröner mit 321 gegen 233 bei 16 Enthaltungen abgelehnt.

Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen Reichs-ernährungsminister Dr. Schiele verläßt mit 337 gegen 233 Stimmen der Ablehnung.

Der Preispiegel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Stellungnahme des Kabinetts Brüning zu der Tarifffrage hat sich allmählich zu dem ausschlaggebenden Punkt herausgebildet, um den die Parteien Haß und Günst in wirrem Wirbel kreist. Offizielle Forderungen der Wirtschaftsverbände und inoffizielle nach energischen Vorstellungen aus Industriekreisen zeigen den Unwillen, der heute in diesen Kreisen gegen Brüning herrscht, weil er ihnen nicht weit genug geht, während die Gewerkschaften aller Richtungen sich auf der anderen Seite zur geschlossenen Front zusammenfinden, weil sie fürchten, daß die Regierung zu weit in das Tarifvertragsystem vorzustößen beabsichtigt. In dieser Hinsicht sehr bemerkenswert ist die Einsetzung eines Wirtschaftsbeirats bei der Reichsregierung. Es scheint sich darin ein Wiederaufleben des Arbeitsgemeinschaftsgedankens zwischen Unternehmern und Arbeitern anzubahnen, etwa nach dem Beispiel der nach der Revolution von Hugo Stinnes ins Leben gerufenen Arbeitsgemeinschaft zwischen den Gewerkschaften und den Führern der Industrieverbände. Die Aufgabe dieses Wirtschaftsbeirats wird wohl nicht sein, Arbeitsbeschaffungspläne festzustellen, als vielmehr die, durch eine Umgestaltung der Sozial- und Wirtschaftspolitik den Weg für die Steigerung der Produktion wieder freizumachen. Wenn von allen Seiten zugegeben wird, daß die Produktionskosten zu hoch sind, so muß sich auch das Mittel für die Senkung dieser Kosten finden lassen, woran Arbeitnehmer und Arbeitgeber das gleiche Interesse haben. Als Mittel zur Preissenkung wird auch vielfach der Abbau der Agrarzölle empfohlen, ohne jede Rücksicht darauf, daß eine Zollsenkung noch keine Gewähr dafür bietet, daß Agrarerzeugnisse, die unter anderen Verhältnissen im Auslande wohlfeiler sind, in Deutschland zu den gleich wohlfeilen Preisen angeboten werden können. Es muß immer wieder beachtet werden, daß die gesamte öffentliche Last, unter der das deutsche Volk leidet, in den Preisen für alle Verbrauchs- und Bedarfsgüter aufgebracht werden muß, was an sich schon dazu führt, den Preispiegel ungewöhnlich hoch zu treiben. Die Reichsregierung denkt aber einseitig noch nicht daran, die Steuerlast abzubauen. Denn die Senkung der Hauszinssteuer um 20 Prozent ist kein Abbau, ganz abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie alle Hebel in Bewegung setzt, um diesen Beschluß rückgängig zu machen. Für die Amnestieanleihe der Reichsbahn ist inzwischen die Zeichnungsfrist abgelaufen, so daß die Reichsbahn in wenigen Tagen darüber im klaren sein muß, wie weit sie auf Grund der Amnestieanleihe Aufträge an die Wirtschaft hinausgeben kann. Es ist wenig erfreulich, feststellen zu müssen, daß der Reichsbahn aus ihren eigenen Einnahmen Mittel für diese Aufträge, trotzdem sie im Jahresplan vorgesehen sind, nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Rückgang der Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr hat einen Umfang angenommen, daß die Reichsbahn heute auch schon aus Sicherheitsgründen den ihr auferlegten Anteil der Tributlast nicht mehr abführen könnte.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich gegenüber dem Ausweis von Ende September nicht wesentlich vermehrt. Die Arbeitslosigkeit von fast 4,4 Millionen ist zwar erheblich höher, als das jemals zu gleicher Jahreszeit der Fall gewesen ist, aber sie reicht doch nicht an die Schreckenszahl heran, die um diese Zeit sogar von den gewiß sachverständigen Kreisen der Reichshauptstadt für Arbeitslosenversicherung erwartet worden ist. Reich, Länder und Gemeinden würden ja auch vor einer schwer zu lösenden Aufgabe stehen, wenn die Arbeitslosigkeit schon im Spätherbst auf fünf bis sechs Millionen hinausschnellen sollte. Denn die finanziellen Mittel für die Unterbringung wären in dem notwendigen Umfange einfach nicht vorhanden. Die Tatsache, daß der Reichsfinanzminister dieser Lage zugeben mußte, daß die 700 Millionen, die durch das Hoover'sche Freijahr für die Reichskasse gerettet wurden, durch die Steueranfälle aufgezehrt worden sind, läßt die Sorge berechtigt erscheinen, ob die Arbeitslosigkeit von sechs Millionen Deutschen finanziell getragen werden kann. Allerdings hat der Reichskanzler im Reichstag erklärt, daß wir unter allen Umständen über den Winter hinwegkommen werden, was ohne weiteres zu glauben ist, zumal auch der Reichskanzler von der Auffassung abgekommen zu sein scheint, daß die Arbeitslosigkeit sechs bis sieben Millionen erreichen könnte. Wesentlich aber ist, daß die Reichsregierung Mittel und Wege findet, um einem großen Teil der Arbeitslosen Arbeit und Verdienft beschaffen zu können. Dem soll offenbar auch der Wirtschaftsbeirat dienen.

Zusammenstöße im Ellarek-Prozeß.

Erörterungen über einen Magistratsauftrag.

Noch immer ist die Frage, ob Magistratsmitglieder in ihrer Eigenschaft als Aufsichtsratsdelegierte Beamte sind, nicht geklärt. Es entspinnt sich darüber eine lebhafter Streit zwischen Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Einer der Verteidiger beschwert sich dann über

Phantastereien des Eisenbahnattentäters

Matuschka spielt „verrückt“.

Wer bekommt die ausgelobte Prämie?

Der Eisenbahnattentäter Matuschka macht bei seinen Vernehmungen zeitweilig den Eindruck eines Menschen, der nicht ganz normal ist. Er spricht von seinen religiösen Vorstellungen und von der Gründung einer ganz phantastischen „Weltpartei“ und ihren Zukunftszielen, aber man weiß noch immer nicht recht, ob das Wahnsinn ist, oder ob der Attentäter sich verstellt. Jetzt soll auch nachgeprüft werden, was

Matuschka früher getan hat.

Es ist nämlich von verschiedenen Seiten behauptet worden, daß er während der ungarischen Kommune Offiziersdienste geleistet habe und an Mord und Raub beteiligt gewesen sei. Aus dieser Zeit soll auch das große Vermögen des Mannes, mit dem er ein Gut und Häuser kaufen konnte,



Sie machte als erste auf den Eisenbahnattentäter aufmerksam.

Die Gutbesitzerin Anneliese Förgas-Jung aus Travigst in Niederösterreich erstattete kurz nach dem Attentat von Via Torbagg eine Anzeige gegen Matuschka als den mutmaßlichen Urheber des Eisenbahnunglücks.

stammen. Man meint, daß er weder im Kriegsdienste noch als schlecht bezahlter Lehrer in einem jugoslawischen Nest so viel Geld habe zusammenraffen können. Während die Untersuchungen über die Vergangenheit des Attentäters noch im Gange sind, scheint sich bereits ein Streit um die für die

Ergreifung des Verbrechers ausgelegte Prämie

zu entspinnen. Es handelt sich hierbei um eine Riesensumme: 100 000 Goldmark, 50 000 Goldfrank und 120 000 ungarische Pengö.

Diese ganze Summe beansprucht die Gutbesitzerin Förgas-Jung in Travigst in Niederösterreich. Frau Förgas-Jung war es, die alsbald nach dem Attentat von Via Torbagg eine Anzeige an die Gendarmerie erstattete, in der es hieß, daß ihr die Straßläufe des Matuschka, des Täters des ihr gehörenden Steinbruchs von Groß-Knausdorf, verdrängt erschienen, und daß man in diesem Manne den Bahnattentäter erblicken könne. Die Gendarmerie hat damals die Anzeige nicht weitergegeben. Es ist aus diesem Grunde jetzt gegen den in Betracht kommenden Gendarmereinspektor eine Untersuchung eingeleitet worden.

Juristische Fragen.

Nach der Praxis der preussischen Behörden würde ein Teil der Belohnung auch für die unverwertet gebliebene Mitteilung ausbezahlt werden. Den Rechtsweg könnten die Belohnungsanwärter kaum beschreiten, denn die Verteilung der Belohnungen geschieht unter Ausschluß des Rechtsweges. Die Anwärter hätten höchstens die Möglichkeit, gegen einen wegen ungerechtfertigter Bereicherung zu klagen, wenn sie glauben, daß jemand zuviel bekommen hat.

Der Attentatsversuch bei Köln.

Die Frage, ob Matuschka auch den Attentatsversuch auf dem Kölner Schnellzug unternommen hat, ist noch nicht geklärt. Er selbst gibt an, daß er zur Zeit dieses Anschlages, der im Frühjahr dieses Jahres unternommen wurde, von Wien abwesend war, er könne aber nicht sagen, wo er gewesen sei. Man weiß aber, daß er damals in Belgien war und dann über Köln nach Deutschland gereist ist. Der Verdacht, daß er auch in Köln der Täter gewesen sein könnte, ist also nicht unbegründet.

Stimmungsmache der Staatsanwaltschaft

gegen die Ellareks. Da den Ellareks bisher noch keine strafbare Handlung nachgewiesen sei, sei dieses Verhalten der Staatsanwaltschaft ein Bruch der Pflicht der Objektivität. Der Stadtrat Degner stellt wieder die Behauptung auf, daß Bürgermeister Scholz von den Bilanzfälschungen bei der RWG unterrichtet gewesen sei. Der Vorsitzende kommt dann auf das sogenannte

Abwurfager der Ellareks

zu sprechen, das man eingerichtet habe, um Waren, die von der RWG beansprucht wurden, auf Abruf liefern zu können. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft stand dieses Abwurfager nur auf dem Papier, was jedoch von Leo Ellarek entschieden bestritten wird. Es kommt in diesem Zusammenhang zu scharfen Zusammenstößen zwischen dem Oberstaatsanwalt Freiherrn von Steinäcker und dem Rechtsanwalt Dr. Bindar. Schließlich behandelte das Gericht

einen Auftrag,

den der Magistrat am 29. Mai 1925 der Firma Ellarek erteilte. Die Firma hatte dem Stadtkämmerer Rading mitgeteilt, daß ihr Warenbestand einen Wert von 1 1/2 Millionen Mark habe. Da sie einen Teil desselben abwerfen wollte, wurde der Stadt ein Posten in Höhe von 300 000 Mark angeboten. Der Magistrat erklärte, daß er nicht in der Lage sei, dieses Angebot zu unterstützen. Sollte es aber im Interesse der RWG liegen, von der Firma Ellarek einzukaufen, dann solle der RWG ein Kredit in Höhe von 200 000 Mark zu zehnprozentiger Verzinsung gewährt werden. Am 5. Juni wurde dann vom Magistrat der RWG das Geld überwiesen. Bereits am 20. Mai war aber der Auftrag an die Firma Ellarek erteilt worden, ohne daß man erst abwartete, ob man das Geld überhaupt vom Magistrat erhalten würde. Willi und Leo Ellarek wollen sich nicht darum gekümmert haben und wissen nicht, wie der Auftrag zustande gekommen ist.

Mag Ellarek und der Magistrat sind schuld.

Als der Vorsitzende es auffällig findet, daß sich keiner der Ellareks um die Aufträge des Magistrats gekümmert habe und dennoch Aufträge dagewesen seien, erklärt Willi Ellarek, daß der Magistrat die moralische

Verpflichtung gehabt hätte, ihnen Aufträge zu erteilen. Der Magistrat habe sich, nachdem sie die RWG übernommen hätten, „ganz gemein“ benommen, indem er in der RWG ein Konkurrenzunternehmen eröffnete und ihnen nur die Brocken überlassen habe. Willi Ellarek sagt in diesem Zusammenhang wörtlich: „Wir sind vom Magistrat unmenschlich behandelt worden.“

Die feindlichen Brüder.

Beide Ellareks erklären dann, daß zwischen ihnen und ihrem jetzt schwer kranken Bruder Max immer ein sehr gespanntes Verhältnis bestanden habe. Max habe sich benommen, wie der „Zar aller Rußen“, und es sei nicht selten zwischen ihnen zu Prügeleien gekommen. Max habe vollständig

unter dem Einfluß der Kartenlegerin

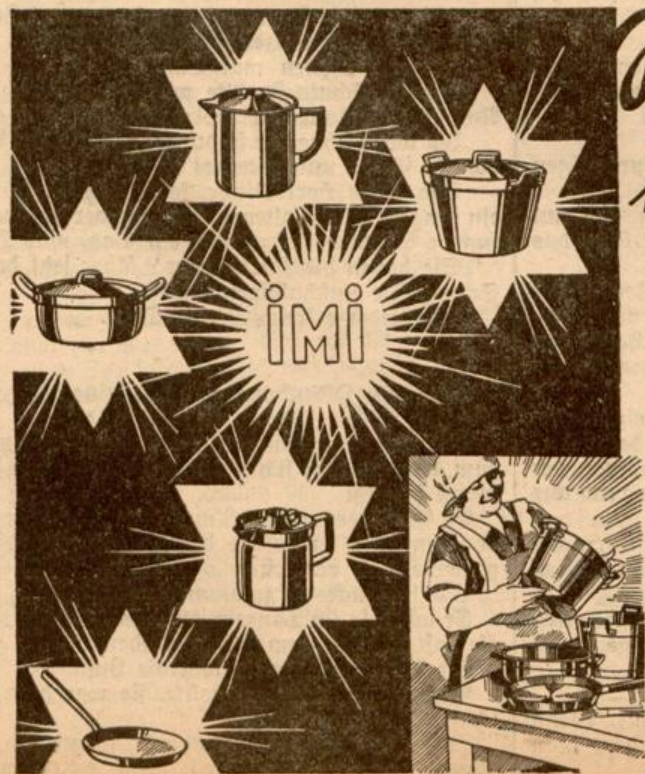
gestanden und ausgeführt, was diese ihm geraten habe. Mehrmals wird die Verhandlung durch Heiterkeitsausbrüche unterbrochen, so als einer der Ellareks erklärt, daß er sich ausschließlich um seinen Rennstall gekümmert und immer auf seine eigenen Pferde gesetzt, aber immer verloren habe. Es wird dann die Frage des

Zustandekommens der Magistratsaufträge

erörtert. Die Ellareks erklären dazu, daß Kieburg eines Tages mitgeteilt hätte, daß sie Bestellungen beständen, wenn sie die Unterbilanz von 400 000 Mark bei der RWG übernehmen. Im weiteren Verlauf dieser Erörterungen erklärte Leo Ellarek, daß die Brüder Ellareks

die Müllabfuhr für die städtischen Gesellschaften

gewesen seien. Sie, die Ellareks, seien noch heute anständige ehrliche Leute. Auf Vorhalten des Vorsitzenden, daß die Ellareks doch den Magistrat in der Hand gehabt hätten, wenn sie die Schweinereien der Stadt zudeckten, erklärt Leo Ellarek, daß sie das willenslose Werkzeug des Magistrats gewesen seien, die tun mußten, was der Magistrat wollte. Der Vorsitzende stellt schließlich fest, daß Kieburg sich jedesmal vor einer Revision bei den Ellareks Waren ausgeborgt hat, um seinerseits die Warenlager aufzufüllen und dadurch das Fehlen der Bestände zu verdecken.



Mühsamkeit und glänzend
mußt IMI alle Flecken und Töpfe

Das geht blitzschnell! Angebrannte, angetrocknete Speisereste, Fett und Schmutz beseitigt IMI ohne jede Mühe. Silberhell strahlt Aluminium! Appetitlich frisch und sauber glänzt Emaille! Und wie schmackhaft läßt sich in IMI-gepflegten Töpfen kochen! IMI entfernt jeden Geruch aus den Gefäßen und macht sie vollkommen keimfrei. Zum Schutz der Gesundheit! Pflegen Sie Pfannen und Töpfe, überhaupt alles Geschirr, stets mit IMI. Sie sind viel schneller fertig, haben wenig Arbeit. Alles Geschirr ist stets tadellos sauber, hält länger und besser. IMI ist ergiebig und sparsam. Ein Eßlöffel gibt 10 Liter wirksames Spülwasser und was können Sie darin alles spülen und reinigen!

IMI Henkel's Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät. Hergestellt in den Persilwerken.



Darauf gab Lord Reading seiner großen Befriedigung über diese erstmalige praktische Zusammenarbeit des Völkerbundes mit der amerikanischen Regierung Ausdruck.

Die japanische Regierung hat, wie aus Tokio gemeldet wird, ihren Vertreter in Genf beauftragt, den Rat zu ersuchen, seinen Beschluß, die Vereinigten Staaten zur Teilnahme an den Beratungen aufzufordern, nochmals genau zu überlegen. Das Vorgehen des Völkerbundes werde in Tokio als Beleidigung aufgefaßt.

Ein hoher japanischer Regierungsbeamter wurde um Auskunft gebeten, ob Japan aus dem Völkerbund austreten würde, falls dieser weiterhin eine „starke“ Haltung in dem japanisch-chinesischen Konflikt einnehmen werde. Der Botschaftsträger habe darauf geantwortet, daß die Möglichkeit schwerwiegender Folgen nicht von der Hand zu weisen sei.

Das japanische Kabinett hat noch keinen Beschluß gefaßt, weil man, wie in amtlichen Kreisen erklärt wird, die Hoffnung hat, daß der Völkerbundrat doch noch den japanischen Standpunkt anerkennen werde. Für den Fall, daß der Völkerbundrat Beschlüsse fassen sollte, die Japans Souveränität und Ansehen verletzen könnten, werde selbstverständlich die Frage des Austritts Japans aus dem Völkerbund aufgeworfen werden.

Japan droht mit Austritt aus dem Völkerbund.

Das japanische Kabinett hielt am Freitag eine Sitzung ab, in der der Außenminister seiner Genugtuung über die Bemühungen des Völkerbundes Ausdruck gab, jedoch hervorhob, daß der Vorschlag, ein Nichtmitglied des Völkerbundes (die Vereinigten Staaten) zu den Ratsverhandlungen hinzuzuziehen, ohne Beispiel dastünde. Das japanische Kabinett hat jedoch noch keinen Beschluß gefaßt, weil man, wie in amtlichen Kreisen erklärt wird, die Hoffnung hat, daß der Völkerbundsrat doch noch den von dem japanischen Vertreter dargelegten Standpunkt Japans anerkennen werde. Für den Fall, daß der Völkerbundsrat Beschlüsse fassen sollte, die Japans Souveränität und Ansehen verletzen könnten, werde selbstverständlich die Frage des Austritts Japans aus dem Völkerbund aufgeworfen werden.

Der Papst gegen die spanische Regierung.

Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht eine Botschaft des Papstes an die Gläubigen in Spanien. Der Papst erklärt darin, daß er auch ferner mit ihnen sein werde, er protestiere nachdrücklich gegen die der Kirche zugesügten Verleumdungen. Schließlich fordert er alle zum Gebet für die Erlösung Spaniens von den gegenwärtigen Prüfungen auf.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 17. Oktober 1931.

Drei Stufen.

Röm. 5, 3-5: Wir rühmen uns auch der Trübsale, soweit wir wissen, daß Trübsal Geduld bringt; Geduld aber bringt Erfahrung; Erfahrung aber bringt Hoffnung; Hoffnung aber läßt nicht zuschanden werden.

Ein altes Sprichwort sagt: „Jeder hat sein Päckchen zu tragen.“ Es drückt damit die Wahrheit aus, daß kein Menschenleben ohne Leiden ist, daß also Leiden zum Leben gehört, und daß eine der Grundaufgaben unseres Lebens die ist, mit dem Leiden fertig zu werden. Jeder versucht das auf seine Weise. Aber so verschieden alle darin sind, im Grunde sind es drei Hauptarten, wie man sich dem Leid gegenüber verhält. Und diese drei Arten sind zugleich drei deutlich geschiedene Stufen.

Auf der untersten Stufe steht nur Klagen und Jamern. So macht es das Kind, wenn es schreit, so macht es der Erwachsene, wenn er stöhnt oder anderen andauernd die Ohren vollplagt von seinem Leid. Dieses Klagen ist unfruchtbar. Es mindert das Leid nicht, sondern vermehrt es. Denn jede Klage macht dem Leidenden selbst sein Leid wieder neu und macht denen das Herz schwer und den Mut matt, die um ihn sind. Darum gilt es, etwas Besseres zu lernen und damit auf eine höhere Stufe emporzusteigen. Gerade heute vor hundert Jahren ist ein Mann geboren, der in qualvollem Leiden diese Aufgabe gelöst und sie uns als Mahnung und zugleich als Trost gegeben hat mit den Worten: „Lerne leiden ohne zu klagen.“ Wieviel Ansporn und Kraft ist von diesem Wort in unendlich viele Krankenstuden und Krankenherzen übergegangen! Das ist ja so eigen: Liebt man solche Worte von Menschen aus weiter Vergangenheit, oder gar von den Glaubenshelden der Bibel, so sagt der verzagte Sinn leicht: „Ja, die damals konnten das mit der Macht ihres Glaubens, aber wir schwachen Menschen heute!“

Run aber hat dieses Wort ein Mann unserer Zeit, unseres Volkes, unserer Art gesprochen. Da fühlen wir uns verwandt und sagen leichter: „Hat er es gekonnt, so will ich es auch versuchen.“ Und so ist Kraft ausgegangen für viele und hat sie auf die höhere Stufe geführt, zu leiden ohne zu klagen. Und doch ist das noch nicht die höchste Stufe. Stummies Leiden ist Ergebung, manchmal recht hoffnungslos, aber doch noch in Unterliegen. Wir wollen aber siegen. Paulus zeigt uns diese höchste Stufe, auf der man mit dem Leid auch wirklich fertig wird: indem man freudig ja dazu sagt in der Gewißheit, so wahr einst mein Vater mir weh getan hat aus lauter Liebe, um mich zu segnen, so wahr ist

Sitzung der Gemeindevertretung Kierspe.

Dreifache Bürgersteuer abgelehnt. — Einführung der Getränkesteuer ebenfalls abgelehnt.

—b Kierspe. Eine Sitzung der Gemeindevertretung fand am Freitag nachmittag im Sitzungssaal des Amtshauses unter dem Vorsitz von Gemeindevorsteher Heufelbach und im Beisein von Bürgermeister Hildebrandt statt.

Punkt 1 und 2 Unterstützungssachen und Wohnungssachen wurden in geheimer Sitzung vorab erledigt. In der folgenden öffentlichen Sitzung wurde folgendes verhandelt und beschlossen:

3. **Ausgleich des Haushaltsplanes 1931:** Gemeindevorsteher Heufelbach gab hierzu einige Punkte bekannt, die zum Ausgleich des Haushaltsplanes dienen sollten. Die Wohlfahrtsmittel müßten bereits von 15 000 auf 45 000 RM erhöht werden und reichten noch gar nicht aus, um alle Ausgaben zu bestreiten. Die vorgesezte Behörde habe dieser Erhöhung zugestimmt. Um aber Deckung zu schaffen müsse noch vieles geschehen. Zur Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützungen benötige man augenblicklich pro Monat über 6000 RM. Um all diese Gelder auszahlen zu können, sei man gezwungen alle in den Notverordnungen vorgesehenen Einnahmequellen auszuschöpfen. Hierzu gehöre auch die Einführung der dreifachen Bürgersteuer sowie die Gemeindegetränksteuer.

4. **Einführung der 3fachen Bürgersteuer:** Der Gemeindevorsteher gab ein Schreiben des Herrn Landrats in Altena bekannt, in welchem der Gemeinde mitgeteilt wird, daß es ihre Pflicht sei, die ihr obliegenden Wohlfahrtsverpflichtungen zu erfüllen und zu dem Zwecke gezwungen sei, die in den Notverordnungen vorgesehenen Steuern einzuführen. Staatliche Mittel seien vorerst nicht zu erhalten, sodaß für die Gemeinde nur der Weg offen bleibe sich durch höhere Steuern zu helfen. Bei der folgenden Aussprache erklärten die beiden Vertreter Wilh. Winter und Heinz Schmidt für die SPD, daß sie geschlossen gegen die 3fache Bürgersteuer stimmen würden, weil sie ihren Standpunkt nicht geändert und die Gemeindeeingesessenen durch die Sammlung für die Winterhilfe schon genügend Opfer gebracht hätten. Bürgermeister Hildebrandt erklärte, daß ein Fehlbetrag von RM 24 441 vorhanden sei, der auch dann noch bestünde, wenn die 3fache Bürgersteuer eingeführt werde. Die Einführung der erhöhten Steuern sei aber notwendig, um einen evtl. Zuschuß seitens des Staates zu erhalten. Für Handwerk und Gewerbe erklärte Vertr. Vogarten, daß die dauernden Steuererhöhungen eine wahre Steuerinflation darstellten, der endlich ein Ende gemacht werden müßte. Handwerk und Gewerbe sei zum großen Teile ohne jegliche Arbeit und stehe vor dem vollständigen Ruin. Er lehne deshalb jegliche weiteren Steuern ab, weil sie jetzt nicht mehr tragbar seien. Bürgermeister Hildebrandt gab bekannt, daß im 1. Halbjahr 1931 nur ein Betrag von RM 10 000 aus der Einkommensteuer eingegangen sei, während man im Jahre 1930 eine Einnahme von RM 57 000 habe verzeichnen können, was den großen Steueranfall beweise. Auch nach seiner Ansicht würden die höheren Steuern den Etat nicht mehr ausgleichen können; doch habe man dann alles getan, was von den Gemeinden verlangt werde. Für die Landwirtschaft erklärte Vertr. Wilh. Winter, es sei unsinnig, höhere Steuern zu beschließen, da niemand mehr in der Lage sei, dieselben zu bezahlen. Er lehnte für die Landwirtschaft alle weiteren Steuern grundsätzlich ab. Bei der vorgenommenen Abstimmung wurde die 3fache Bürgersteuer einstimmig abgelehnt.

5. **Einführung der Getränkesteuer:** Der Wirteverein war fast vollzählig erschienen, um gegen die Einführung dieser Steuer zu protestieren. Nach kurzer Aussprache wurde die Einführung dieser Steuer ebenfalls einstimmig abgelehnt. Ein vom Wirtverein eingereichter Dringlichkeitsantrag wurde anschließend behandelt. Die Wirte verlangen Stundung und spätere Niederschlagung der jetzt wiederum fällig gewordenen Biersteuer. Der Vorsitzende des Vereins hatte auftragsgemäß eine entsprechende Begründung eingebracht aus der hervorging, daß die Lage des Wirtstandes derzeit schlecht ist, daß die Dörmlunder Brauereien z. B. allein einen Ansehenstand an Forderungen und Hypotheken

von 50 Millionen RM verzeichneten. Da sich die Vertretung außer Stande sah, dem Antrag zu entsprechen, mußte derselbe abgelehnt werden.

6. **Schulangelegenheiten:** Der Gemeindevorsteher gab die Beschlüsse des Schulvorstandes bekannt, der vor Beginn der Gemeindevertreteritzung getagt hatte. Auf Grund der Sparmaßnahmen sollen bekanntlich Lehrstellen eingespart werden. Da in der Gemeinde Kierspe bereits 1,6 Schulstellen-Einheiten durch Zusammenlegung der Schulbezirke Bollwerk und Berken zu einem Gesamtschulverband eingespart worden sind, sind weitere Einsparungen unmöglich. Dieses soll der Regierung mitgeteilt werden. Die Verträge mit den Schullehrern sollen dahingehend abgeändert werden, daß dieselben ab 1. 4. 1931 die Schönheitsreparaturen in den Wohnungen selbst bezahlen müssen. Als Ersatzmann für das aus der Schuldeputation ausgeschiedene Mitglied A. Funke in Berken wurde Albert Vollmann, Kierspe gewählt. An der Schule in Hödinghausen sollen die notwendigen Dachreparaturen ausgeführt werden. Der Ww. Jagbender in Hödinghausen wird gestattet, das überflüssige Wasser aus dem Schulbrunnen zu entnehmen. Da die Aufsichtsbehörde, die in der letzten Sitzung gefaßten Beschlüsse bzgl. der Heraussetzung des Selektaschulgeldes, nicht gutgeheißen hat, beschloß der Schulvorstand, die Sätze wie folgt zu ändern. Für Einkommen bis RM 1500 40 RM; bis 2500 70 RM; bis 5000 100 RM; über 5000 120 RM. Diesen Beschluß stimmte die Vertretung zu. Ferner wurde der Beschluß des Schulvorstandes, die Ortschaft Kießiepen zum Schulverband Wiebelsaat, Gemeinde Meinerzhagen abzutreten unter der Bedingung gutgeheißen, daß Meinerzhagen die Ortschaft Dürhöfen an die Gemeinde Kierspe abtritt, sobald ein Schulverband Kierspe-Bhf geschaffen wird. Bezüglich der Vermögensauseinandersetzung zwischen dem Eigenschulverband Kierspe und dem Gesamtschulverband Berken-Bollwerk wurde beschlossen, daß die Schule Berken als solche zwar an Bollwerk übergeht, das Schulgebäude und die Liegenschaften weiterhin zum Vermögen der Gemeinde zu rechnen sind.

7. **Abdeckung eines kurzfristigen Kredits bei der Landesbank.** Auf Anordnung des Preuß. Ministers des Inneren sind gewisse Kredite an die Landesbank zurückzuführen oder durch geeignete Objekte sicher zu stellen. In diesem Falle handelt es sich um einen Kredit von RM 12 670. Da eine Zurückzahlung in Bar nicht möglich ist, soll der Kredit durch Aktien sichergestellt werden.

8. **Verkauf von Gemeindehäusern.** Man beschloß das Haus Lindentstraße in Kierspe zum Verkauf auszusuchen, sofern dafür ein annehmbarer Preis zu erzielen ist. Angebote in welchen die Art der Bezahlung angegeben ist, sollen bis zum 2. Nov. 1931 an den Gemeindevorsteher eingereicht werden.

9. **Errichtung einer öffentlichen Fernsprechkette in Neuenbräde:** Die Vertretung hat hiergegen nichts einzuwenden, sofern ihr keine Kosten entstehen.

10. **Wasserwerksangelegenheiten und Wegeachen:** Der Gemeindevorsteher berichtete über den augenblicklichen Stand der Arbeiten an der Wassergewinnungsanlage in Wildentufeln. Der vom Staat erbetene verstärkte Zuschuß ist noch nicht hereingekommen, wodurch die Mittel ganz gewaltig angeknappert worden sind. Die Rückstände an Wassergeld haben sich sehr vermehrt und beschloß man, solchen Schuldnern die Anschlüsse abzuschneiden, die mit ihren Verpflichtungen ohne anerkannten Grund im Rückstande sind. Der Weg Neuenhagen-Höhlen-Wilbringhausen soll für Lastkraftwagen und schwere Fuhrwerke gesperrt werden, da die Straße einen solch starken Verkehr nicht ausfallen kann. Die Durchforstung der Gemeindefeldungen an der Linge soll erfolgen. Mit dem Forstamt in Letmathe sollen die notwendigen Verhandlungen eingeleitet werden. Unter „Verschiedenes“ wurde der Antrag des Ziegenzuchtvereins Kierspe-Bhf. auf Gewährung einer Futterbeihilfe vertagt und der Beitritt zum Rassen-Revisionsverband abgelehnt. Schluß der Sitzung 20,15 Uhr.

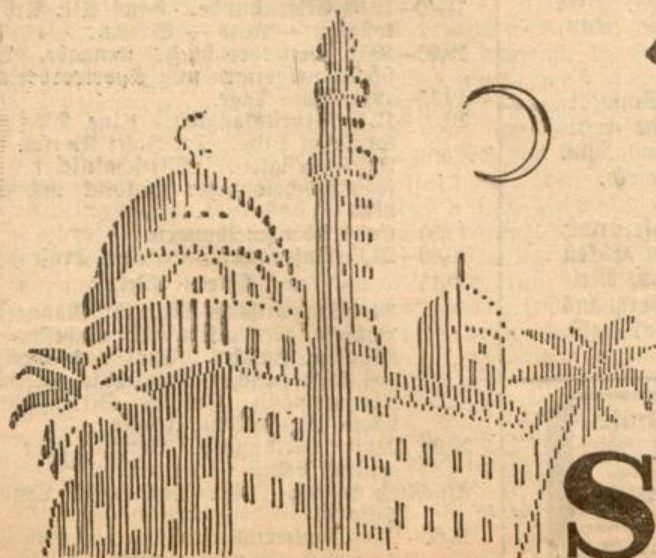
mir das Leid, das mir mein himmlischer Vater jetzt auferlegt hat, ein Zeichen seiner Liebe, daß er mich segnen will.

Wer das erkannt hat, steigt auf die höchste Stufe, die Stufe der Freude, die auch im Leiden, je gerader im Leiden, dieser Freude ist, die da weiß, daß durch das Leid etwas Neues in uns geboren wird, nämlich das, was der Apostel preist: „Daß Trübsal Geduld bringt; Geduld aber bringt Erfahrung; Erfahrung bringt Hoffnung; Hoffnung aber läßt nicht zuschanden werden.“ Ach, daß wir es lernten, von unserem Leiden zu reden, indem wir Gott rühmen!

Wie wird das Wetter?

Prächtige Herbsttage wechselten in der vergangenen Woche mit Tagen mit Regenschauern ab. Während wir um die Wochenwende selbst noch zumeist Temperaturen von anormaler Höhe hatten, trat wenige Tage darauf eine scharfe Abkühlung ein. In Mittel- und West- und Süd-deutschland kam es vielfach zu Nachtfrösten. Im Osten Deutschlands gingen die Temperaturen nicht so stark zurück. Das zunächst über den britischen Inseln lagernde Hochdruckgebiet dehnte gegen Ende der Woche seinen Einfluß auf den Kontinent weiter aus, doch führten kleinere Störungen zu neuer Bevölkerungszunahme. Nach der allgemeinen Wetterlage ist mit vorwiegend trockenem Wetter zu rechnen. Die Temperaturen dürften nachts wieder vielfach den Gefrierpunkt unterschreiten.

—* Reichsbahndirektionspräsident Loewel 60 Jahre alt. Der Präsident der Reichsbahndirektion Buppertal, Herr Geheimher Oberbaurat Rudolf Loewel vollendet am 19. Oktober d. J. sein 60. Lebensjahr. Am 19. Oktober 1871 zu Neuhammer bei Lobenstein (Thüringen) geboren, trat Herr Präsident Loewel nach Beendigung seiner Studien und nach Ausübung seiner Militärflicht als Regierungsbauführer in den Dienst der preussischen Eisenbahnverwaltung. Nach Ablegung der Staatsprüfung als Regierungsbaumeister im Jahre 1900 wurde er zunächst bei der Eisenbahnbetriebsinspektion Meiningen und im April 1901 als Hilfsarbeiter bei der Eisenbahndirektion Saarbrücken beschäftigt. In den Jahren 1904 bis 1907 war er bei der Bauabteilung Gersweiler als Streckenbaumeister und ab 1905 als deren Vorstand tätig. Unter seiner Leitung wurde u. a. die zweigleisige Hauptbahn Saarbrücken-Fürstenthausen-Bous und die Nebenbahn Fürstenthausen-Groß-Rosseln gebaut. Am 1. 1. 1908 wurde ihm die Leitung des Eisenbahn-Betriebsamts Eisenach übertragen. Ab 1. 12. 1911 der Eisenbahndirektion Münster (Westf.) überwiesen, wurde er am 22. 4. 1912 zum Regierungs- und Baurat ernannt. Am 1. 4. 1914 erfolgte seine Berufung in das Reichseisenbahnamt, wo er am 1. 7. 1914 zum Geheimen Baurat und Vortragenden Rat ernannt wurde. Während des Weltkrieges wurde Herr Präsident Loewel zweimal schwer verwundet. Er hat alsdann mehrere Militär-Eisenbahn-Betriebsabteilungen auf verschiedenen Kriegsschauplätzen geleitet. 1918 erfolgte seine Ernennung zum Geheimen Oberbaurat und 1919 zum Ministerialrat im



Freude herrscht an allen Stätten,
wo die „SALEM Zigaretten“
ihre duft'gen Grüsse senden,
Qualitätsgenüsse spenden.

SALEM Zigaretten

sind Qualitätsmarken
in der ganzen Welt bekannt.

neu errichteten Reichsverkehrsministerium. Seit 1. 10. 1925 ist er Präsident der Reichsbahndirektion Wuppertal.

Halver

—(Die Witwe Josua Gontermann, Karoline geb. Plate, hiersehb., Berlinerstraße (Eichholz), früher zu Ober-Herweg wohnhaft, vollendete gestern ihr 87. Lebensjahr. Wir gratulieren nachträglich.

Schalksmühle

—x **Nothilfe.** Zu der im Bereich des Kirchspiels Schalksmühle (d. h. nicht nur der Bereich der politischen Gemeinde Schalksmühle, sondern auch der der Gemeinde Hülscheid, sofern er im Grenzgebiet der Kirchgemeinde Schalksmühle liegt) errichtete Nothilfe ist nunmehr der Arbeitsausschuß gebildet. Die Zustimmung zur Nothilfe in dem Arbeitsausschuß ist aus allen Kreisen und Berufen bis heute fast reiflos erfolgt. In Kürze wird also die Arbeit beginnen. Bei der Amtspartasse Halver (Zweigstelle Schalksmühle) ist für die Nothilfe ein Scheckkonto unter der Nummer 745 eingerichtet. Auf dieses Konto können Einzahlungen für die Nothilfe schon jetzt erfolgen. Möge dem edlen Werk der Nächstenliebe in dieser Notzeit ein schöner Erfolg beschieden sein zum Wohle und zur Linderung der Not der Vermittler der Armen.

—“ **Dahlebrück.** Die Neubauten gehen ihrer Vollendung entgegen. Die in diesem Sommer in Angriff genommenen Neubauten schreiten rüstig vorwärts. Wenn ja auch der regnerische Sommer die Arbeiten nicht minder gehindert hat, so haben doch die schönen sonnigen Herbsttage ihr Bestes getan, die Arbeiten beschleunigen zu lassen. So ist der Neubau des Herrn Z. auf Reeswinkel schlüsselfertig. Das Wohnhaus des Herrn L. über der Besitzung von Herrn Rentrop ist auch bereits bezugsfertig. Die Anstreicherarbeiten und Stukaturarbeiten sollen Ende des Monats beendet sein, so daß auch dieser Neubau noch im nächsten Monat bezogen werden kann, wodurch weitere Altwohnungen frei werden. Die 5 Neubauten im Dahle hinter Thienemann sind soweit fertig, daß nur noch die Schreinerarbeiten und Anstreicherarbeiten rückständig sind, so daß damit gerechnet werden kann, daß auch diese Neubautungen noch vor dem Winter bezogen werden können.

—“ **Dahlebrück.** Rohrbruch der Wasserleitung. Durch Ausbesserungsarbeiten an der Reichsbahn, die von Reichsbahn Telegraphenarbeitern ausgeführt wurden, wurde ein Rohrbruch der unter den Gleisen der Reichsbahn liegenden Wasserleitung der Firma H. W. Holthaus verursacht. Dadurch wurde die Zufuhr von Trinkwasser zu den Häusern, die hier von gespeist werden, für einige Tage unterbrochen.

—“ **Dahlebrück.** Einem jungen Mann wurde infolge Leichtsinigkeit ein Glied vom Finger gerissen. Sofortige ärztliche Behandlung war dringend notwendig.

—**pn Hagen.** Schlägerei im Gerichtsgebäude. Einen unliebsamen Abschluß fand gestern eine Verhandlung vor der kleinen Strafkammer, in der eine Verurteilung eines Arbeiters verworfen wurde. Der Betreffende war wegen Körperverletzung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er sah den Grund seiner Bestrafung in der Aussage eines bestimmten Belastungszeugen und als beide dann den Gerichtssaal verließen, ließ der Verurteilte sich dazu hinreißen, seine Wut an diesem Zeugen auszulassen. Im Vorraum des Erdgeschosses kam es daher zu einer Schlägerei, die so heftig wurde, daß die Justizwachmeister sich genötigt sahen, mit dem Gummiknüppel die Streitenden auseinanderzubringen.

—**pn Hagen.** Ein Kind vom Auto getötet. Auf der Altenhagenerstraße wurde der 7-jährige Hans Brinkmann von einem Lieferwagen überfahren und am Kopfe so schwer verletzt, daß kurz darauf der Tod eintrat. Es heißt, der Junge sei, mit einem Reifen spielend, vor das Auto gelaufen.

—**pn Herdecke.** Ungetreuer Postkaffner. Ein Ein Postkaffner wurde vom Hagener erweiterten Schöffengericht zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er durch Nichtablieferung von Nachnahmebeträgen über 200 RM unterschlagen hat. Auf die Strafe wurde für einen Rest von 3 Monaten Bewährungsfrist zugewilligt.

—**pn Wetter.** Nachahmenswert. Die Angestellten und Arbeiter sowie die Direktion der Demag sind überkommen, daß die noch Beschäftigten ihren früheren Arbeitskollegen, die jetzt erwerbslos sind, ein Proz. ihres Bruttolohnes für die Dauer von 6 Monaten zuzuwenden. Die Direktion stiftet hierzu das Doppelte dieses Betrages.

—**Liesborn.** „Dma Krämer“ †. Die älteste Frau von Rheinland und Westfalen gestorben. Ganz unerwartet ist in der Nacht zum Mittwoch Frau Ww. Picardt in Waldliesborn gestorben. „Dma Krämer“, wie sie genannt wurde, hatte sich noch am Abend vollkommen wohl aufschlafen gelegt. In der Nacht hat ein Herzschlag ihr Leben beendet. Sie war mit 104 Jahren die älteste Frau von Rheinland und Westfalen und wurde 1827 in Wadersloh (Kreis Wiedenbrück) geboren. In erster Ehe war sie mit dem Landwirt Krämer verheiratet. Daher der Name „Dma Krämer“. An ihrem 101. Geburtstag trat sie, wohl das einzige Mal in ihrem Leben, durch den Rundfunk an die Öffentlichkeit. Danach sagte sie: „Ise Hergott hat mit vergiessen.“ Nun hat er doch wohl an sie gedacht!

—**O Schüsse auf einen staatlichen Schlichter.** In Wuppertal wurde in der Nacht die Wohnung des Beigeordneten Dr. Bragard von bisher unbekannten Tätern scharf beschossen. Der Beigeordnete, der zugleich staatlicher Schlichter ist und als solcher auch bei dem Schiedspruch im Ruhrkohlenbergbau mitgewirkt hat, war gerade nach Hause gekommen und hatte in seiner Wohnung Licht gemacht, als plötzlich von der Straße her durch das Fenster 12—15 Schüsse abgegeben wurden. Dr. Bragard wurde nicht getroffen. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei sind die Schüsse aus zwei verschiedenen Pistolen abgegeben worden.

—**Langscheid.** Schwerer Bauunfall. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich Donnerstag nachmittag gegen 4 Uhr an der Sordetalstraße dadurch, daß das Seil eines Waggens riß. Drei Arbeiter wurden schwer verletzt und mußten dem Krankenhaus zugeführt werden.

—**Niedergaul.** Einbruch im Bürgermeisterrat. In der Nacht zum Donnerstag drangen Einbrecher in das Bürgermeisterrat Klüppelberg, brachen im Dienstzimmer des Bürgermeisters den Schreibtisch auf und durchwühlten darin sämtliche Fächer. Soweit bisher festgestellt werden konnte, haben die Täter nichts mitgenommen, auch ein Sparbüchsenbuch ließ man liegen. Von den übrigen Diensträumen wurden nur noch zwei anscheinend nichts entwendet. Die Vermutung liegt nahe, daß die Einbrecher es auf irgendwelche Schriftstücke oder Akten abgesehen haben.

—**Düsseldorf.** Dreitausend wollen siedeln! Die städtische Grundstücksverwaltung hat umfangreiches Gelände zu Ansiedlungszwecken bereitgestellt. Innerhalb der letzten vierzehn Tage sind beim Gartenamt bereits 3000 Meldungen von Siedlern, die sich um Gelände bemühen, eingelaufen.

—**Vermischtes.** Ein neuer Fabrikbetrieb wird eröffnet. Erfreulich ist in der Zeit der Be-

triebsstillegungen die Kunde von der Inbetriebnahme eines neuen industriellen Werkes. Den stillliegenden Schiedbau der Firma Pfeiffer in der Kaiserstraße hat die Firma Griesenbeck u. Co. aus Rummelsbüsch bei Hagen gepachtet und läßt zurzeit die maschinellen Anlagen für ein Press- und Stanzwerk einbauen. Das Werk wird nach Inbetriebnahme etwa 30 Mann beschäftigen.

—**Langenberg.** Falsches Geld. In den letzten Tagen wurden bei hiesigen Geschäftsleuten wiederholt falsche Geldstücke beobachtet, und zwar handelt es sich um Fünf-Mark- und Fünzig-Pfg.-Stücke, die, wie bemerkt wurde, von auswärtigen Reisenden in Langenberg in Zahlung gegeben wurden. Die Fünf-Mark-Stücke sind leicht zu erkennen, da die Schrift sehr verschwommen und die Farbe gegenüber den echten Stücken sehr dunkel ist. Dagegen sind die 50-Pfg.-Stücke schwerer zu unterscheiden. Sie haben einen bleiartigen, matten Glanz.

Börse und Handel

Ämtliche Berliner Notierungen vom 16. Oktober.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 16,27 bis 16,31; holl. Gulden 170,78—171,12; Danz. 82,42—82,58; franz. Franc 16,63—16,69; schweiz. 82,52—82,68; Belg. 59,04—59,16; Italien 21,78—21,82; schwed. Krone 97,63—97,85; dän. 92,91 bis 93,09; norweg. 92,66—92,84; tschech. 12,47—12,49; österr. Schilling 56,69—56,81; Argentinien 0,963—0,967; Spanien 37,96—38,04.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 16. Oktober.

Start des „Graf Zeppelin“ nach Pernambuco.

Der Start des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ zu seiner dritten Südamerikafahrt in diesem Jahre nach Pernambuco ist auf Sonnabend früh 0.45 Uhr festgesetzt. An der Fahrt nehmen voraussichtlich 20 Fluggäste teil.

Kassierer nach Unterschlagung geflüchtet.

—**Leipzig.** Nach Unterschlagung von 7000 Mark ist der Kassierer der Städtischen Baugesellschaft, Otto Apitzsch, geflüchtet. Man vermutet, daß er Selbstmord begangen hat. Die Städtische Baugesellschaft m. b. H. errichtet Wohnungen auf städtischem oder fremdem Boden für Rechnung der Stadtgemeinde Leipzig oder gemeinnütziger Baugesellschaften. Alle Geschäftsanteile befinden sich im Besitz der Stadtgemeinde Leipzig.

Sturm im Finnischen Meerbusen.

—**Moskau.** Im Finnischen Meerbusen herrscht zurzeit ein starker Sturm. Die Telefon- und Telegraphenverbindungen mit Finnland sind unterbrochen. Bisher werden 19 Fischerboote vermisst.

Die tägliche Pariser Meldung.

—**Paris.** In Le Havre ist der französische Personendampfer „Cafayette“ eingetroffen, der für verschiedene Pariser Großbanken Gold im Werte von 15 Millionen Dollar (über 63 Millionen Mark) an Bord hatte.

Mongolen überfallen eine mandchurische Stadt.

—**London.** Meldungen des „Evening Standard“ aus Peking zufolge überfielen Mongolen die Stadt Tschanay an der mandchurisch-mongolischen Grenze. Es kam zu einem vier Stunden andauernden Gefecht mit den Chinesen, in dessen Verlauf 200 Mongolen und viele Chinesen getötet wurden. Während des Kampfes erschienen japanische Flugzeuge über dem Kampffeld.

Japanischer Frachtdampfer in Seenot.

—**New York.** Der japanische Frachtdampfer „Yonan Maru“ mit 40 Mann Besatzung (8000 Tonnen) befindet sich in den Gewässern von Alaska in Seenot. Hilfschiffe sind unterwegs.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Ausflugsort u. Sommerfrische Schnörrenbach

Sonntag, den 18. Okt., ab 4 Uhr, Stimmungsmusik u. Tanz prima Kaffee mit reichl. Beilage und Sahne p. Portion Mk. 1.20 ab Samstag Ausschank von frischem Traubenmost Glas 20 Pfg. **Wilhelm Becker.**

Für wenig Geld!

gute, moderne **Tapeten** Die Preise s. ganz gewaltig herabgesetzt. **Drogerie C. Baukloh, Kierspe-Bhf. Ruf 572 Meinerzh.**

Große Auswahl in Geschenkartikeln

aller Art, sowie in Nickelwaren, Bestecken, Tortenplatten und -Schaufeln etc. Porzellan-, Glas- und Stein- gutwaren . . . empfiehlt:

Wilh. Bell jr., Halver.

GELD zu 3 Proz.

zum Ankauf von Möbeln, Existenzgründung, Studienkredite usw., zur Beleihung langfristige — un kündbar! Spar- und Tilgungsrate monatl. RM. 13 — für 1000.— RM. Darlehen. — Kurze Wartezeit! Streng reell! Prospekt unentgeltlich. Rückporto erbeten.

„Union“ Mobilar-Darlehns-Zweckspar-Gemeinschaft, Dortmund.

Anfragen unter R 980 an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver erbeten.

Möbelkäufer

Wir brauchen Geld. Schlafzimmer, Speisezimmer, Küchen, gegen Kasse weit unter Preis zu verkaufen. Anfragen unter R 950 an die Geschäftsstelle des Allg. Anz. Halver.

Bitte den bestellten

Weiß- und Rotkohl

am Montag, den 19. Okt. an der Bahn abzuholen, Cir. 1.70 RM.

Auch wer nicht bestellt hat kann noch Weiß- und Rotkohl haben.

Fritz Bangert, Halver, Fernsprecher 234.

Weihnachten

steht vor der Tür bestellen Sie Ihre

Wollfächer

schon jetzt bei: **Gust. Borlinghaus Kierspe-Bahnhof, Wildenkuhlen.**

Miele

Staubsauger Modell L.

Bakelit-isoliert

Stromaufnahme 150 Watt
Große Saugwirkung
Gefälliges Aussehen
Mahagonifarbig
Leiser Lauf

Preis: RM 95.—



Mielewerke A.G. Gütersloh/Westf.
Über 2000 Werksangehörige.

Zu haben in den Fachgeschäften.

Familien-Nachrichten.

Geboren:
1 Tochter, Genst Rodeberg und Frau, Günterbede b. Meinerzhagen. — 1 Sohn, August Borlinghaus und Frau, Schürfelde b. Meinerzhagen.
Verheiratet:
Wilhelm Förster und Ilse Förster geb. Schnöring, Schmidt- siepen und Burbach. — Wilhelm Fernholz und Hilda Fernholz geb. Wiebel, Halver. — Walter Neuhaus und Ww. Gustav Bastian geb. Lydia Rentrop, Hülscheid-Heesfeld.
Gestorben:
Frau Theod. Tump, Elise geb. Hornbruch, Dahlebrück, 42 J. alt. — Frau Ernst Stute, Ema geb. Winter, Eiden b. Kierspe, 25 J. alt. — Fabrikbesitzer Otto Fuchs, Meinerzhagen, 55 J. alt. — Frau Barbara Elisabeth Verghaus geb. Ludolph, Döhlinghausen, 66 J. alt. — Postagent a. D. Karl Müller, Kreuzberg, 79 Jahre alt.

Ingenieurschule Technikum Lage

Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungsbau, Flug-, Wärme-, Kältetechnik, Landw., Maschin., Schwach-, Starkstrom- u. Radiotechnik

Werkmeisterschule

Bauschule

Architektur, Baugewerkwesen, Eisenbau, Eisenbetonbau

Tonindustrie

Ziegelgießerei, Zieglermeister

Lehrpläne frei

Westdeutscher Rundfunk.

Montag, den 19. Oktober.

6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7,05—8,00 Morgenkonzert.
8,00 Wiederholung der Wettervorhersage und Zeitangabe, Wasserstandsmeldungen.
10,15—10,30 Gymnastik für Frauen. Silke Brenns.
10,30 Erste Meldungen und Zeitangabe.
10,40—11,15 Schallplattenkonzert (Electrolaplaten).
11,20—12,00 Schulfunk für Schüler aller Schulen vom 12. Lebensjahre an. Wir besuchen ein großes Kaufhaus.
12,00 Schallplattenkonzert (Electrolaplaten).
12,50 Wetterbericht.
12,55 Mäurer Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13,05—14,30 Mittagskonzert, Leitung: Ewald Solistin: Erica Schemann (Sopran), Begleitung: Bremer.
14,30 Schlachtwiehmärkte.
15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15,50—16,20 Kinderstunde. Els Bordenberger: 1. Von der Königin, die keine Pfeffer- nüsse baden und vom König, der nicht das Brummen spielen konnte. 2. Der verrostete Ritter (Richard von Volkmann- Leandri).
16,20—17,00 Jugendfunk. Wir besuchen Silber- fische.
17,00—18,00 Vesperkonzert. Else Theis (Klavier), Lilli Krämer (Sopran), Begleitung: Gaber Grape.
18,00—18,20 Ungeprüfte Dichter. Arnold Krie- ger: Der Brunnenvinkel.
18,20—18,40 Rezerien zur Zeit. C. D. Jatho: Unbekannte Meisterwerke am Kölner Dom.
18,40—19,00 Elternstunde. Hans Mt: Arbeits- losigkeit — Kind — Schule.
19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirt- schaftsmeldungen und Sportvorbericht.
19,15—19,25 Vom Tage.
19,30—19,55 Arbeitslosigkeit. Eine Woche der Sozialen Hilfe. Dr. Josef Klerich: Die Arbeitslosigkeit. Wirtschaftlicher und sozialpsychologischer Rückblick und Aus- blick.
19,55 Erste Abendmeldungen.
20,00—20,15 Ansprache: Intendant Ernst Hardt.
20,15 Eiserne Welt.
Melodramatisches Werk für Männerchor, Bafolo, Rezitation und Orchester von Wilhelm Knöchel. Chor und Orchester des Westdeutschen Rundfunks. Leitung: Zimmermann. Solisten: Strienz (Baf), Rieth (Rezitation). Chöre.
22,00 Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 23,00: Nachtmusik, Leitung: Ewald.
23,00—24,00 Konzertübertragung aus dem Café Kaiserhof, Münster, Kapelle: Fred Legan.